


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 17.06.2020

Sitzungsort:	Rathaus, Festsaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rötsch
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.05.2020	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Festlegungen des Ausschusses	
5.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 30.10.2019 zum TOP 5.1 Fortschreibung Psychiatriebe- richt; hier: Zeitplan, Einbindung des Fachausschusses	2297/19

BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

6. Informationen

6.1. Qualitätssicherung in Erfurter Frauenzentren und im Frauenhaus 2019 **0894/20**

BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister,
Gleichstellungsbeauftragte,
Vertreterin Brennessel e.V.,
Vertreterin FrauenZentrum Erfurt e.V.,
Vertreterin Frauenhaus - Evangelische Stadtmission und
Gemeindedienst Erfurt gGmbH

6.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

**Drucksachen-
Nummer**

1. Eröffnung und Begrüßung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, stellte die formgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste.

Weiterhin wurde durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende auf das Schutzkonzept zur Durchführung von Sitzungen der Ausschüsse des Erfurter Stadtrates hingewiesen, welches auch bereits mit der Einladung versandt wurde.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es wurden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung geäußert.
Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form wie folgt

bestätigt Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.05.2020

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 5 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dem Ausschuss lagen keine dringlichen Angelegenheiten zur Beratung vor.

5. Festlegungen des Ausschusses

- 5.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 30.10.2019 zum TOP 5.1 Fortschreibung Psychiatriebereich; hier: Zeitplan, Einbindung des Fachausschusses BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend 2297/19

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt, bedankte sich für den vorgelegten Sachstandsbericht.

Sie war davon ausgegangen, dass die neue Psychiatrie- und Suchtkoordinatorin an der heutigen Ausschusssitzung teilnehmen würde.

Hierzu führte die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke aus, dass die neue Koordinatorin noch im Prozess der Einarbeitung ist. Da es sich mit der heute vorliegenden Drucksache um eine quartalsweise Berichterstattung handelt, wird sie zur nächsten Berichterstattung im Ausschuss hinzugezogen.

zur Kenntnis genommen

6. Informationen

- 6.1. Qualitätssicherung in Erfurter Frauenzentren und im Frauenhaus 2019 0894/20
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister,
Gleichstellungsbeauftragte,
Vertreterin Brennessel e.V.,
Vertreterin FrauenZentrum Erfurt e.V.,
Vertreterin Frauenhaus - Evangelische Stadtmission und
Gemeindedienst Erfurt gGmbH

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Rötsch, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Adamek sowie die Vertreterinnen

- ° des Frauenhauses der Evangelischen Stadtmission und Gemeindedienst Erfurt gGmbH, Frau Witzel,
- ° des Brennessel e.V., Frau Reber und Frau Merten,
- ° des FrauenZentrum Erfurt e.V., Frau Erdmenger und Frau Keller.

Den Gästen wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt und zunächst der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Adamek, die Möglichkeit für nähere Ausführungen gegeben.

Sie gab anschließend einen Abriss über die Arbeit der vergangenen Jahre, beginnend mit der Übertragung der Aufgaben in freie Trägerschaft.

Mittlerweile kann auf ein erfolgreiches Schutznetz für Frauen in der Landeshauptstadt Erfurt geblickt werden. Die Qualität konnte über die Jahre gesichert werden und ist damit beispielgebend für Thüringen.

Frau Adamek ging weiter auf die Durchführung der Qualitätsgespräche ein. Aufgrund der Pandemiesituation haben diese bereits stattgefunden, die nächsten sind für 2022 geplant.

Abschließend gab sie Auskünfte zur Istanbul-Konvention – Gewaltschutz gegenüber Frauen – und erläuterte die Möglichkeiten der Umsetzung.

Frau Röttsch bedankte sich anschließend für die Ausführungen und dankte ausdrücklich den heute anwesenden Vertreterinnen der o.g. Einrichtungen für deren Arbeit und Einsatz.

In der sich anschließenden Diskussion gab es folgende Nachfragen und Wortbeiträge:

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE, schloss sich dem Dank an die drei Einrichtungen an. Sie ging auf die Anfänge der Zusammenarbeit ein und verwies auf die über die Jahre erreichten positiven Ergebnisse.

Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention fragte sie konkret nach, ob sich die Akteure die Einrichtung eines "Runden Tisches" vorstellen könnten und verwies auf die Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen.

Sie stellte dar, dass für das Frauenhaus Mittel des Bundes abrufbar seien. Bis September ist eine Antragstellung möglich, ob eine Antragstellung sinnvoll ist, wurde nachgefragt.

Um die Perspektive der Frauenzentren zu sichern, fragte sie nach, was getan werden muss.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Adamek, erläuterte die Gründe, weshalb die Förderung des Bundes nicht abrufbar ist.

Das Frauenhaus im jetzigen Objekt ist nicht barrierefrei ausbaufähig. Sie verwies auf die Möglichkeiten der Bereitstellung von "Außenwohnungen".

Die Vertreterin des Frauenhauses bekräftigte diese Aussagen und verwies auf die guten Erfahrungen mit der Anmietung von Wohnungen, die auch eine barrierefreie und anonyme Unterbringung sichern.

Für die Einrichtung eines "Runden Tisches" wird sich Frau Adamek einsetzen und sagte eine Prüfung zu.

Frau Hofmann-Domke, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, wies darauf hin, dass für den Einsatz von investiven Mitteln des Bundes ein einheitliches Agieren erforderlich ist.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, bedankte sich ebenfalls bei den Vertreterinnen der Träger und fragte nach, ob von den aktuellen Haushaltssperren Maßnahmen betroffen sind. Darüber hinaus fragte er nach, was künftig finanziell geplant ist.

Frau Adamek konnte feststellen, dass alle für dieses Jahr geplanten Projekte gesichert sind. Sie hob hervor, dass die Fördersummen mithilfe des Landesprogramms Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) deutlich erhöht werden konnten und es nun endlich gelungen ist, die Bezahlung der Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen nach Tarifrecht sicherzustellen.

Die Leiterin des FrauenZentrum Erfurt bekräftigte die gute Zusammenarbeit und ging auf das Landesprogramm Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) ein. Sie bekräftigte, wie wichtig die Bestandssicherung der Einrichtungen und die Einhaltung der Qualitätsstandards sind. Sie brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass dieser Prozess (LSZ) zum Abschluss kommt.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, fragte weiter nach, wie sichergestellt werden kann, dass künftig diese – nicht ausschließlich freiwilligen Aufgaben - erfüllt werden.

In ihrer direkten Beantwortung verwies Frau Hofmann-Domke auf die in den Gremien geführten Diskussionen zum Haushalt.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Adamek, zog in Erwägung, ein Fachplanungskonzept unter entsprechender Beteiligung zu erarbeiten, um mehr Planungssicherheit für die Einrichtungen zu erreichen.

Darüber hinaus informierte sie, dass die beantragte Stufe 3 des LSZ noch nicht bewilligt wurde.

Aufgrund der aktuellen Pandemie-Situation konnten noch nicht alle Gespräche und Abstimmungen hierzu geführt werden. Sie verwies darauf, dass mit allen Beteiligten gesprochen wird.

Auf die weitergehenden Fragen von Herrn Pfistner, Fraktion CDU, ging der Dezernatsreferent Soziales, Bildung und Jugend ein und erläuterte den Umsetzungsstand zum *Landesprogramm solidarisches Zusammenleben der Generationen Drucksache 2252/18*.

An dieser Stelle verwies er auf die Beantwortung einer Anfrage nach § 9 Abs. 2 GeschO – Drucksache 2555/19.

Weiter informiert wurde zu den Leistungsvereinbarungen mit den Trägern zum 01.09.2020, zu den unterschiedlichen Fördermöglichkeiten und zur tarifgerechten Bezahlung nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz.

Er führte weiterhin aus, dass eine Verbindung der Frauenzentren mit dem Familienförderplan rechtlich nicht möglich ist.

Die Nachfrage der Koordinatorin des Brennessel e.V. zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Fachplaner wurde abgelehnt.

Der Dezernatsreferent Soziales, Bildung und Jugend verwies auf die Zuständigkeit der Jugendhilfe, eine Anbindung kann gesetzlich nicht erfolgen.

Die Koordination erfolgt über die Fachplaner.

Herr Pfistner, Fraktion CDU, bat um Aufnahme folgender Festlegung:

Nach Abschluss der Leistungsvereinbarungen mit den freien Trägern wird der Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung informiert, um sicherzustellen, dass mittelfristig die Leistungen der Träger abgesichert sind. V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T.: 09.09.2020	DS 1078/20
--	---------------

zur Kenntnis genommen

6.2. Sonstige Informationen

Frau Röttsch, stellvertretende Ausschussvorsitzende, Fraktion Mehrwertstadt, hatte Nachfragen zum Sozialticket. Sie stellte dar, dass viele Bürger nicht in der Lage sind, eine Beantragung zu realisieren und bat um mehr Unterstützung der Menschen, die Hilfe benötigen durch das Sozialamt.

Ergänzt wurden ihre Hinweise durch Herrn Kamieth, Fraktion DIE LINKE. Er berichtete über Schwierigkeiten der telefonischen Erreichbarkeit von Ämtern der Stadtverwaltung und sieht hier Verbesserungsbedarf.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Hofmann-Domke, nahm zu den vorgebrachten Fragen und Hinweisen wie folgt Stellung:

Nach wie vor befindet sich auch die Landeshauptstadt Erfurt noch in der Pandemie und es gilt auch noch das Besuchsverbot in den städtischen Ämtern. Auch in den Wohlfahrtsbereichen gelten Kontaktverbote.

Seit dem 02.06.2020 gibt es schrittweise Öffnungen in den Ämtern z.B. im Sozialamt, dem Amt für Bildung und dem Bürgeramt. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Angebote. Sie appelliert an die Ausschussmitglieder, ihr bekannte Fälle direkt zu melden.

Der komm. Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Haß, bekräftigte das Bemühen um Lösungen und das Engagement der Mitarbeiter. Er sagte umgehende Hilfe bei bekannten Einzelfällen zu.

Herr Kamieth verwies auf die Erhöhung des telefonischen Beratungsbedarfs und fragte nach den Möglichkeiten der Umsetzung.

In seiner Erwiderung ging Herr Haß auf die bestehende Hotline für telefonische Beratungen ein, diese umfasst 15 Plätze. Er betonte, dass alles versucht wird, um für die Bürger erreichbar zu sein.

Frau Vogel, Fraktion CDU, bemängelte die Umständlichkeit und den Umfang der aktuell verfügbaren Online-Dienste zu Antragstellungen im Sozialamt. Sowohl Frau Hofmann-Domke als auch Herr Haß erklärten, dass an den Online-Diensten intensiv gearbeitet wird.

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wurde 18:07 Uhr für 10 Minuten unterbrochen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt, hatte eine weitere Frage zum Einsatz der Videodolmetscher. Ihr wurde bekannt, dass der Einsatz im Jugendamt abgelehnt wurde. Sie bat um eine entsprechende Abfrage, ob es sich hier um einen Einzelfall handelt und wie es in den Beratungsstellen gehandhabt wird.

Frau Hofmann-Domke zeigte sich erstaunt über diese Information und stellte dar, dass Videodolmetscher von allen Ämtern genutzt werden. Sie bat um folgende Festlegung:

Die Anwendungsbereiche der Videodolmetscher werden dargestellt. In den Beratungsstellen erfolgt eine Abfrage hinsichtlich festgestellter Probleme. Darüber hinaus wird informiert, in welchen Bereichen der Einsatz von Videodolmetschern nicht möglich ist. V.: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend T.: 09.09.2020	DS 1079/20
--	---------------

Weitere Informationen und Fragen lagen nicht vor.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Röttsch, bedankte sich nochmals bei den anwesenden Gästen, beendete die öffentliche Ausschusssitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Röttsch
stellv. Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in